



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 08.04.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:23 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender
Ute Haupt	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	<i>Teilnahme bis 18:14 Uhr</i>
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im
	Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im
	Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im
	Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im
	Jugendhilfeausschuss
Ulrike Pilz	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im
	Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im
	Jugendhilfeausschuss
Nora Böhme	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniela Stech	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Stefanie Goy	Jugendhilfeplanerin
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im
	Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Dr. Toralf Fischer
Dr. Tino Kleinert
Annika Möbius
Tobias Steinicke
Susanne Willers
Sven Bartsch
Tatjana Privorozki

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu **Einwohnerfragestunde**

Rodney Thomas zu Lockdowns in der Corona Pandemie

Herr Dr. Wend lass die eingegangene Einwohnerfrage von Herrn Rodney Thomas vor.

Wenn Sie NICHT für ein Ende der Lockdowns eintreten, sind Sie mitschuldig am fortgesetzten Auseinanderreißen von Familien und mitschuldig an der fortgesetzten Zufügung von unsagbarem Leid für Millionen von Menschen auf der ganzen Welt sowie auch hier in Halle.

Sie haben die Zerstörung und den Tod gesehen, die diese Politik im vergangenen Jahr angerichtet hat. Die unbestreitbare Wahrheit ist: Wenn Sie nicht für ein Ende der Lockdowns eintreten, dann lassen Sie bewusst zu, dass ein Teil der Bevölkerung dem Tod überlassen wird.

Dies ist nicht länger strittig. Es wird sogar von David Nabarro von der Weltgesundheitsorganisation offen zugegeben. Er sagt: "Ich möchte es noch einmal sagen: Wir in der Weltgesundheitsorganisation befürworten keine Lockdowns als primäres Mittel zur Kontrolle dieses Virus. Es kann tatsächlich sein, dass wir bis Anfang nächsten Jahres eine Verdoppelung der Weltarmut haben werden. Es ist gut möglich, dass sich die Unterernährung von Kindern mindestens verdoppelt.

"Das ist wirklich eine schreckliche, grauenhafte globale Katastrophe. Und deshalb appellieren wir wirklich an alle Staats- und Regierungschefs der Welt: Hören Sie auf, Lockdown als Ihre primäre Kontrollmethode zu verwenden. Entwickelt bessere Systeme, um das zu tun."

125.000 Kinder sind infolge dieser Lockdowns an Unterernährung gestorben.

Tausende von Menschen werden wegen Verzögerungen bei Krebsoperationen sterben.

Hunderttausende sind einen Tod aus Verzweiflung gestorben - einschließlich Alkohol- und Drogenmissbrauch und Selbstmord.

Keiner dieser Todesfälle wird für diejenigen von Bedeutung sein, die bereits entschieden haben, dass sie richtig und tugendhaft sind, weil sie dafür eintreten, große Teile der menschlichen Bevölkerung in ihren eigenen Häusern einzusperren, um zu verhungern.

Und wofür? Um die Ausbreitung einer Krankheit zu verlangsamen, von der selbst die Epidemiologen, die sich letztes Jahr in allem geirrt haben, sagen, dass sie weniger als ein Prozent der Infizierten töten wird.

Dieser Tod und die Gewalt, die durch den Lockdown verursacht werden, sind nicht akzeptabel.

Wir können nicht zulassen, dass dies so bleibt.

Wenn wir dies aufgeben, unser grundlegendstes Recht - das Recht, einen Fuß außerhalb unserer eigenen Wohnung zu setzen - dann geben wir unsere Menschlichkeit selbst auf. Ein wichtiger Teil dessen, was uns menschlich macht, wird uns im Namen der Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 weggenommen.

Diejenigen, die immer noch für die Lockdowns eintreten oder Angst haben, dagegen zu kämpfen, möchte ich ermutigen, dies den Eltern ins Gesicht zu sagen, die ihre Kinder im Teenageralter durch Selbstmord als direkte Folge der Lockdowns verloren haben, und ihnen zu sagen, dass der Tod ihres Kindes keine Rolle spielt, weil er nicht als Folge von COVID-19 aufgeführt wurde.

Oder sagen Sie das den Kindern ins Gesicht, die wegen der Lockdowns körperlich misshandelt wurden.

Oder sagen Sie der Frauen hier in Halle ins Gesicht, die Opfer von Messerangriffen und häuslicher Gewalt wegen der Lockdowns geworden sind, dass die Lockdowns sich gelohnt haben, wie Frau Brederlow heute in ihrem Bericht beschrieben hat.

Wenn Sie NICHT für ein Ende der Lockdowns eintreten, machen Sie sich mitschuldig am unsäglichen Leid von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt. Sie machen sich mitschuldig daran, dass die Ärmsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft in noch größere Armut gestürzt werden. Sie sind mitschuldig an Mord.

In diesem Moment wird eine Grenze überschritten. Auf welcher Seite der Geschichte stehen Sie? Treffen Sie Ihre Entscheidung jetzt und treffen Sie sie mit Bedacht, denn Ihr Handeln in diesen Zeiten wird nicht vergessen werden.

So, meine Frage ist: werden Sie, die Mitglieder dieses Gremiums zusammen mit der Verwaltung einen Antrag erstellen und verabschieden, der das Ende des Lockdowns verlangt? Werden Sie Ihre Komplizenschaft endlich beenden und durch menschliche Solidarität, einen Antrag gegen den Lockdown beschließen?

Frau Brederlow wies auf die Geschäftsordnung des Stadtrates den Konsens mit dem Jugendhilfeausschuss ist. Es sind nur Fragen zu behandeln, die von allgemeinem Interesse, die Zuständigkeit der Stadt Halle (Saale) und Inhalte der Tagesordnungen betreffen. Sie bemerkte, dass der Verwaltung die Vorwürfe zum Lockdown von Herrn Thomas bekannt sind. Die Stadt Halle (Saale) ist mit der Landesregierung hinsichtlich diesem Thema im Gespräch.

1. FOLGE FRAGE:

So viele Unternehmen sind ruiniert worden. Besonders hart betroffen sind Unternehmen, die junge Menschen beschäftigen. Diese Unternehmen sind mitsamt ihren Arbeitsplätzen für immer verschwunden.

Ich habe das schon so oft erwähnt, und bitte hören Sie noch einmal zu: Die Überlebensrate von Covid - ohne jegliche Behandlung - liegt bei 99,98 Prozent für Menschen unter 49 Jahren und bei 99,997 Prozent für junge Menschen unter 19 Jahren.

Mit diesem Wissen ist es absolut klar, dass Lockdowns absolut keinen Nutzen haben. Dennoch werden junge Menschen mit Schulausfall, Verlust des Zusammenseins mit Freunden, Verlust des sozialen Lebens, Verlust des Arbeitsplatzes bestraft und ihre körperliche Gesundheit wird durch Maskenzwang geschädigt und ihr psychisches Wohlbefinden wird dauerhaft geschädigt.

Und dass alles aus absolut KEINEM Grund, außer dem ungerechtfertigten Gebrauch von politischer Macht.

Diesen Samstag findet eine Demonstration am August-Bebel-Platz statt. Auf dem Flugblatt steht:

“Öffentliche nutzbare Räume und Plätze. Orte von Begegnung, Austausch und Subkultur – all das gehört für viele Menschen zu einer lebenswerten Stadt dazu.

„Die Nutzung öffentlicher Plätze wird zunehmend durch Polizei und Ordnungsbehörden reglementiert. Angesichts der Corona-Krise droht dieser Prozess still und unbemerkt voranzuschreiten.“

Wenn Sie wirklich meinen, Führungskräfte und Unterstützer der Jugendhilfe zu sein, und wenn Sie irgendeinen Sinn in Ihrer Arbeit hier aufrechterhalten wollen, besteht die einzige Wahl darin, den Antrag zur Beendigung der Lockdowns zuzustimmen und zu verabschieden.

Jedes Mal, wenn ich eine Frage an diesen Ausschuss gestellt habe, sitzen die Mitglieder in erstarrtem, unbewegtem Schweigen und tun nichts. Diese Zeit ist jetzt vorbei. Ich möchte, dass einige der Mitglieder das Wort ergreifen und erklären, dass sie sich tatsächlich für die Jugendhilfe einsetzen werden.

Meine Frage ist: Werden Sie das tun?

Herr Dr. Wend sagte, dass allen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses bewusst ist, dass ein Lockdown keine gute Sache für das Zusammenleben der Menschen ist. Wir sind alle in der Pflicht mit dieser Pandemie verantwortungsvoll umzugehen. Er verurteilte die Art und Weise der formulierten Fragen und missbilligte eventuelle Unterstellungen und Vorwürfe.

Herr Heym fügte hinzu, dass der Jugendhilfeausschuss sich zu jeder Zeit mit den Pandemiebestimmungen beschäftigt hat, um die Kinder und Jugendlichen in dieser Zeit besonders zu unterstützen.

Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen zur Kinder-und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.03.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 11.03.2021 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11 - 14, 16 SGB VIII) für die Jahre 2022 - 2025
Vorlage: VII/2020/02106**

Frau Brederlow bedankte sich bei den Personen, die beim Entstehungsprozess dieser Jugendhilfeplanung unterstützt haben. Ganz besonders gilt ihr Dank Frau Goy als Jugendhilfeplanerin.

Frau Goy führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Ausführungen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die in der Anlage vorgelegte Teilplanung für die Leistungen der Jugendhilfe nach den §§ 11-14,16 SGB VIII für den Zeitraum 2022-2025 für die Stadt Halle (Saale).

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Teilplanung dargestellten Maßnahmen umzusetzen. Für einzelne Maßnahmen, die der Konkretisierung bedürfen, sind dem Stadtrat gesonderte Beschlussvorlagen einzureichen.

zu 5.1.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Carsten Heym (AfD) zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11-14, 16 SGB VIII) für die Jahre 2022-2025; VII/2020/02106 Vorlage: VII/2021/02536

Herr Heym brachte seinen Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Frau Manser bemerkte, dass es aus suchtpreventiver Sicht kein sinnvolles Signal sei. Es werden Plätze von Jugendlichen gemieden, wo weder noch geraucht nur getrunken werden darf. Die Jugendlichen werden sich demzufolge einen anderen Platz suchen. Die Zielgruppe die angesprochen werden soll, wird sich örtlich umorientieren.

Herr Heym erwiderte, dass es nicht hinnehmbar ist, Räume für Suchtkarrieren zu schaffen oder sie sogar zu fördern. Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen müssten demzufolge vor Ort sein, um entsprechend agieren zu können. Rechtsfreie Räume, die dem Jugendgesetz unterlaufen, sollten nicht geschaffen werden.

Frau Schmidt betonte, dass Jugendliche Aufenthaltsorte meiden, wo entweder geraucht noch getrunken werden darf. Sie hält eine Anbringung von Aschenbechern an diesen Plätzen für sinnvoll.

Frau Pilz plädierte für einen realistischen Umgang. Sie sagte, dass Suchtprevention woanders angesetzt werden sollte. Die Erziehung der Jugendlichen auf einzelne Begegnungsorte zu übertragen, ist der falsche Ansatz.

Frau Haupt bemerkte, dass sie die vorgelegte Beschlussvorlage zur Jugendhilfeplanung als gelungen ansieht. Sie erwähnte die Jugendstudie und fragte, wie in der Zukunft mit dieser umgegangen wird. Zum Thema Familienarbeit fragte Sie, wie die Integration weiter verbessert werden kann.

Zur Sachlage der Änderungsanträge teilte **Frau Haupt** mit, dass Sie den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN unterstützen wird. Den Änderungsantrag des Stadtrates Carsten Heym (AfD) lehnt sie ab.

Frau Goy sagte, dass hauptsächliche Ziel sei es, Familien mit Migrationshintergrund zu erreichen. Für die Entwicklung aller Familien wurde bereits ein guter Grundstein gelegt. Zum Thema Jugendstudie sagte **Frau Goy**, dass diese im Jahr 2024 in der Jugendhelfeteilplanung enthalten ist. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt ab dem Jahr 2022.

Herr Starke bedankte sich ebenfalls für die Erarbeitung der Jugendhilfeplanung. Es ist positiv anzumerken, dass die politische Jugendbildung als neues Schwerpunktziel verfolgt wird.

Er plädierte auf die weiterhin wirksame gute Zusammenarbeit hinsichtlich der Jugendhilfeplanung.

Herr Heym betonte, dass ihm bewusst ist, dass Jugendliche auch Rauchen und Alkohol trinken möchten. Aus seiner Sicht betreffen seine Änderungen nur den Hinweis, dass wenn

Jugendliche in diesen geschaffenen Räumen trinken und rauchen können, sich selbst überlassen werden. Er hält diesen Zustand nicht hinnehmbar, dass Kinder und Jugendliche uneingeschränkt Suchtmittel konsumieren können. Er wies darauf hin, dass Sachverhalte die er für falsch hält, weiterhin mit vernünftigen Mitteln Paroli bieten wird.

Frau Gellert bedankte sich für die gute Erarbeitung dieser Jugendhilfeplanung. Sie bemerkte, dass die inklusive Jugendarbeit in diesem Prozess mitaufgenommen wurde. Sie regte eine Aufnahme der Corona - Auswirkungen in diesem Konzept an und bat darum, dass im Unterausschuss Jugendhilfeplanung weiterhin klare Teilziele abgesteckt werden, um diesen Vorgang zu strukturieren.

Herr Kramer bedauerte, dass die Beschlussvorlage Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) zuerst im Jugendhilfeausschuss eingebracht wurde. Aufgrund der positiven Rückmeldungen plädierte er aber für eine heutige Behandlung und Abstimmung dieser Beschlussvorlage.

Frau Franke bedankte sich beim Geschäftsbereich Bildung und Soziales für die gute Jugendhilfeplanung und erkundigte sich nach der weiteren Umsetzung dieser Leistung für die Jugendhilfe.

Herr Dr. Wend machte auf die ersichtlichen Statistiken im Schriftstück der Jugendhilfeplanung aufmerksam. Er bat um Auskunft über eventuelle vorliegende Defizite im Vergleich zu anderen Kommunen bestehen.

Frau Brederlow teilte mit, dass hier eine Jugendhilfeplanung vorliegt und kein Konzept. Es ist keine Untersetzung einzelner zeitlicher Handlungen. In dieser Planung wurden die Bedarfe dargestellt. Jetzt können entsprechende Vorschläge von den freien Trägern eingereicht werden. Zum Thema Kosten sagte sie, dass mit dem Haushalt bereits zusätzliche Gelder, wie z.B. für das Präventionskonzept beschlossen wurden. Hinsichtlich der momentanen Situation und vor dem Hintergrund der Bekämpfung von Corona Folgen muss eine entsprechende Achtsamkeit der Ausgaben auch in Kooperation mit dem Land Sachsen-Anhalt erfolgen.

Frau Brederlow äußerte sich zu den Änderungsanträgen und bemerkte, dass Sie das Anliegen von Herrn Heym verstehen kann. Im Gegensatz sollte man aber die Lebenswirklichkeit betrachten. Zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN erwähnte sie den Passus, dass die Streetworker die Treffpunkte der Jugendlichen bestreifen sollen. Sie betonte, dass nur Polizei und Ordnungsamt öffentliche Räume bestreifen können. Die Streetworker sollen in diesem Fall begleitend zur Seite stehen. **Frau Brederlow** bat darum diesen Begriff „bestreifen“ zu streichen.

Herr Döring merkte an, dass der Begriff „bestreifen“ gestrichen wird.

Herr Dr. Wend schlug folgende Formulierung vor.

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den geschaffenen Freiraum-Treffpunkt durch Mitarbeiter*innen der Streetwork lediglich punktuell ~~zu bestreifen~~ und zurückhaltend zu begleiten.*

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung des Änderungsantrags des Stadtrates Carsten Heym (AfD) zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11-14, 16 SGB VIII) für die Jahre 2022-2025; VII/2020/02106 Vorlage: VII/2021/02536 bat.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. In die Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) 2022-2025, Teilplanung: Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie wird unter den Punkt 11.2 Maßnahmen in der Jugendarbeit, Unterpunkt 11.2.1 Stärkung der Jugendarbeit, Punkt 2. Frei-Räume draußen schaffen, ein weiterer zu schaffender Freiraum-Treffpunkt im Sozialraum Innere Stadt aufgenommen, der folgende Merkmale aufweist:
 - Unterstand/Regen- und Windschutz,
 - Sitzgelegenheiten,
 - Fahrradständer,
 - Müllbehälter **mit Aschenbecher**,
 - kostenfreies W-LAN,
 - Schild mit dem Hinweis, dass es sich um einen Freiraum für Jugendliche und junge Erwachsene handelt, **an dem Alkohol, Tabak und Drogen unerwünscht sind**.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den geschaffenen Freiraum regelmäßig zu warten, zu pflegen und zu reinigen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den geschaffenen Freiraum-Treffpunkt durch Mitarbeiter*innen der Streetwork lediglich punktuell **zu bestreifen** und zurückhaltend zu begleiten.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für
die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11-14, 16 SGB VIII) für die Jahre 2022-
2025; VII/2020/02106
Vorlage: VII/2021/02534**

Herr Döring brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt mit Änderungen**

Beschlussempfehlung:

1. In die Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) 2022-2025, Teilplanung: Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie wird unter den Punkt 11.2 Maßnahmen in der Jugendarbeit, Unterpunkt 11.2.1 Stärkung der Jugendarbeit, Punkt 2. Frei-Räume draußen schaffen, ein weiterer zu schaffender Freiraum-Treffpunkt im Sozialraum Innere Stadt aufgenommen, der folgende Merkmale aufweist:

- Unterstand/Regen- und Windschutz,
 - Sitzgelegenheiten,
 - Fahrradständer,
 - Müllbehälter mit Aschenbecher,
 - kostenfreies W-LAN,
 - Schild mit dem Hinweis, dass es sich um einen Freiraum für Jugendliche und junge Erwachsene handelt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den geschaffenen Freiraum regelmäßig zu warten, zu pflegen und zu reinigen.
 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den geschaffenen Freiraum-Treffpunkt durch Mitarbeiter*innen der Streetwork lediglich punktuell zu bestreifen und zurückhaltend zu begleiten.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung zur Gefährdungssituation im Rahmen von häuslicher Gewalt oder anderweitigen Kindeswohlgefährdungen

Herr Frolow teilte mit, dass das Frauenschutzhaus per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters aus dem Geschäftsbereich IV Fachbereich 51 herausgelöst wurde. Mit Wirkung zum 01.03.2021 wurde das Frauenschutzhaus dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters –Dienstleistungszentrum Integration und Demokratie zugeordnet.

Herr Dr. Wend erkundigte sich nach dem aktuellen Ansprechpartner.

Frau Brederlow sagte, dass generell immer die Verwaltung der richtige Ansprechpartner ist. Wenn im Jugendhilfeausschuss Fragen zum Frauenschutzhaus vorliegen, werden diese auch beantwortet. Zukünftig wird dieses Themenfeld besonders den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss beschäftigen. Das heißt die Gleichstellungsbeauftragte Frau Wildner wäre hier die Ansprechperson.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen und ist im Session hinterlegt.

zu 8.2 Mitteilung zum Bildungskonzept - Kitaplatzsuche

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen und ist im Session hinterlegt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Gellert zum Gute-Kita-Gesetz

Frau Gellert erwähnte, dass das Gute-Kita-Gesetz ein Landesgesetz ist. Sie fragte, hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen wie hoch die Chancen bestehen, dass dieses Gesetz weitergeführt wird.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass das Gute-Kita-Gesetz ein Bundesgesetz ist. Es bestehen Anzeichen dafür, dass die einzelnen Themen weitergeführt werden. Dieser Prozess ist aber momentan noch nicht untersetzt. Sie geht davon aus, dass die Inhalte, die im Kitagesetz verankert sind, weitergeführt werden.

zu 9.2 Frau Haupt zur PiA-Ausbildung

Frau Haupt erwähnte die vom Land Sachsen-Anhalt eingestellte praxisintegrierte Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher. Sie fragte, ob es dazu Alternativen gibt und wie die derzeitigen noch bestehenden Ausbildungen abgeschlossen werden können.

Frau Brederlow teilte mit, dass die laufenden Ausbildungen gesichert sind. In einem Schreiben von Ministerium wird mitgeteilt, dass in diesem Jahr ein weiterer Ausbildungsgang erfolgen wird. Für das Jahr 2022 ist eine Planung dieser Ausbildung noch ungewiss. Sie sagte, dass es keine Alternativen zur einer praxisintegrierten Ausbildung gibt.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Herr Dr. Wend zur Flächenplanung

Herr Dr. Wend regte zur Überlegung an, die Freifläche vor der Leopoldina als Freiraum für Jugendliche zu nutzen.

zu 10.2 Herr Dr. Wend zur Unterstützung der Verwaltung

Herr Dr. Wend bat der Verwaltung seine persönliche Unterstützung bezugnehmend der aktuellen Ereignisse im Stadtrat an.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer